



# Interviews

**28. September 2024**

**Jürgen Zurheide im Gespräch mit Ralph Brinkhaus**

**Zurheide:** Die Bundesregierung oder wichtige Vertreter, zum Beispiel der Justizminister Marco Buschmann, haben diese Woche davon gesprochen, dass es so etwas wie einen Bürokratie-Burnout in Deutschland gibt. Und man hat entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht. Sie sind auch im Bundestag beschlossen worden. Die Frage ist jetzt: Ist das ein Paket oder ist das ein Paketchen? Also, darüber wollen wir reden mit Ralph Brinkhaus von der CDU, der jetzt bei uns am Telefon ist. Guten Morgen, Herr Brinkhaus.

**Brinkhaus:** Ja, guten Morgen.

**Zurheide:** Paket oder Paketchen? Was sagen Sie?

**Brinkhaus:** Ja, es ist ein nettes Paketchen, aber auch nicht mehr. Und es geht ja auch nicht an die Ursachen ran. Wenn ich also Hotelmeldevorschriften ändere und Aufbewahrungsfristen ändere, dann ist das natürlich nicht die große Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger.

**Zurheide:** Sie haben aber zugestimmt. Warum?

**Brinkhaus:** Na ja, besser als gar nichts. Also, insofern haben wir da mitgemacht und da werden wir uns sicherlich nicht verweigern, wenn so Kleinigkeiten auch einfacher werden.

**Zurheide:** Was müsste denn aus Ihrer Sicht passieren, wenn Sie sagen, das reicht nicht? Also erst mal kommen wir zur Analyse. Ist der Begriff Demokratie-Burnout zutreffend, den ja immerhin Herr Buschmann selbst eingebracht hat?

**Brinkhaus:** Also, ich glaube mal, dass wir ganz grundsätzlich immer noch einen ganz gut funktionierenden Staat haben, aber dass der von Tag zu Tag schlechter funktioniert. Und das merken die Bürger. Das merken die Unternehmen. Das sind Kleinigkeiten wie Anträge, die 26 Seiten lang sind. Das sind lange Wartezeiten. Das sind Genehmigungsverfahren, die sich lange hinziehen. Und das ist so ein schleichendes Gift, Herr Zurheide, was so in unserem Alltag einsickert und was tatsächlich jedes Jahr mehr wird, weil die Welt ja auch komplexer wird. Und deswegen reicht es nicht, Vorschriften abzubauen, sondern wir müssen viel, viel früher ansetzen. Wir müssen das System ändern.

**Zurheide:** Was heißt das System ändern?

**Brinkhaus:** Ja, das fängt ja schon damit an wie wir Gesetze machen. Also Gesetze werden oft sehr, sehr schnell gemacht. Gesetze werden nicht in der Praxis erprobt. Wissen Sie, wenn Daimler Benz oder Mercedes Benz ein neues Auto rausbringt, da wird das vorher erprobt, bevor das auf den Markt kommt. Ein Gesetz wird geschrieben, aber es gibt halt keine Labore, wo Praktiker zusammensitzen und sagen, ist das Ganze überhaupt anwendbar. Es ist teilweise noch nicht mal klar, welche Ziele mit bestimmten Vorhaben erreicht werden sollen. Auch ein Beispiel: die Kindergrundsicherung, die ich grundsätzlich gar nicht so schlecht finde. Da ist nie gesagt worden, wofür machen wir das. Machen wir das dafür, dass mehr Kinder einen Schulabschluss kriegen? Machen wir das, dass weniger Gewalt gegen Kinder ausgeübt wird? Machen wir das dafür, dass beispielsweise Kinder mehr Teilhabe an Musik und Kultur haben? Das wird nie definiert. Man schreibt was auf. Man stellt Geld und Gesetze zur Verfügung und meint, das läuft dann. Und was dabei rauskommt, das sehen wir jetzt.

**Zurheide:** Beim Heizungsgesetz zum Beispiel hat man es gesehen. Dass wir umsteuern müssen, weiß jeder. Aber es ist dann am Ende so gemacht worden, dass es zumindest im politischen Diskurs auch diskreditiert werden konnte. Da hat Ihre Partei vielleicht einen Mitanteil. Lag es daran? Oder lag es daran, dass es einfach nur schlecht gemacht ist? Oder beides?

**Brinkhaus:** Ja, es war erst mal schlecht gemacht. Das war halt das Hauptproblem. Und das ist leider bei vielen Gesetzen so. Und da sage ich auch ganz selbstkritisch,

da müssen wir alle besser werden. Das ist jetzt nicht eine Frage Ampel gegen CDU und CSU, sondern wir müssen beispielsweise gucken: Wie kriegen wir bessere Gesetze hin? Aber das reicht ja nicht, nur über Gesetze zu sprechen. Gesetze werden von Menschen angewandt. Das heißt, es gibt Ministerien und Behörden. Und, um das nicht falsch zu verstehen, da arbeiten gute, motivierte Leute. Aber die haben halt nicht die Rahmenbedingungen, um gut motiviert zu arbeiten. Das heißt, dort herrscht eine Kultur: ja keine Fehler machen. Da werden Ermessensspielräume nicht mehr ausgeübt. Da wird kein Risiko mehr eingegangen. Und auch das muss sich ändern. Wir brauchen eine ganz andere Führungskultur in den Verwaltungen.

**Zurheide:** Ich habe jetzt ein Beispiel gehört, da hat ein Unternehmer für 250.000 Euro sich eine Solaranlage aufs Dach gesetzt, weil er eben das tun will, was wir alle sagen, weniger Strom aus anderen Quellen zu beziehen. Die darf aber nicht in Betrieb genommen werden, weil irgendeine europäische Verordnung wohl noch nicht verabschiedet ist und er wartet seit einem Jahr auf die Genehmigung. Das ist in Düsseldorf passiert. Und der gleiche Unternehmer hat in Bottrop etwas gemacht. Und der Bottroper Oberbürgermeister hat dann gesagt: Ja, wir machen das trotzdem. Sind das so Beispiele, die Sie da im Kopf haben?

**Brinkhaus:** Ich kenne das konkrete Beispiel nicht und will da über niemanden den Stab brechen. Aber es gibt ja so was wie Ermessen. Und was wir sehen, ist dass Ermessen immer weniger ausgeübt wird. Und Ermessen hat oft auch was mit gesundem Menschenverstand zu tun. Und auch das ist natürlich eine Frage. Und wissen Sie, Herr Zurheide, wenn wir diese Probleme nicht lösen, wir haben da jetzt mal eine Debatte geführt. Wir haben ein kleines Gesetzchen gemacht, dann kriegen wir echt fundamentale Probleme, weil alle unsere großen Projekte, die wir uns vorgenommen haben, Kampf gegen die Klimawende, bessere Ausrüstung der Bundeswehr, bessere Infrastruktur, die werden alle nicht funktionieren, wenn wir nicht leistungsfähiger werden, als das in der Vergangenheit der Fall ist. Nehmen Sie beispielsweise die Bundeswehr. Die hat Geld, aber die Beschaffungsprozesse sind unglaublich bürokratisch und unglaublich aufwendig. Wir wollen Windkraftanlagen bauen, aber das dauert teilweise Jahre – wobei, es ist ein bisschen besser geworden – bis die Genehmigung erteilt wird. Und das heißt also, unsere großen Projekte werden ohne einen leistungsfähigen Staat nicht funktionieren. Aber was noch viel, viel schlimmer ist, wenn die Menschen durch diese ganzen Kleinigkeiten, die ich Ihnen gerade genannt habe, also da der falsche Bescheid, da hat was nicht funktioniert, da klappt was nicht, irgendwann mal den Glauben an den Staat

verlieren, dann werden sie auch den Glauben an die Demokratie verlieren. Und das heißt, wenn wir in den nächsten vier bis fünf Jahren da nicht liefern und mehr machen als dieses kleine Gesetzchen, also einen wirklichen Neu-Staat – mit Doppel-A – machen, dann kriegen wir echt ein Problem, dass die Menschen sagen, na ja, die demokratischen Parteien, die kriegen das nicht hin, jetzt versuchen wir es mal bei anderen.

**Zurheide:** Auf der anderen Seite will ich Ihnen die Frage stellen: Dass Politik Ziele vorgibt, also ich sage mal, dass so was wie Tariftreue oder eine faire Bezahlung von Menschen da ist oder dass wir bei den Lieferketten darauf achten – ohne jetzt dieses wunderbare Wort, ich muss es fast auswendig lernen – Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, dass wir Kinderarbeit nicht wollen. Die Ziele bestreiten Sie nicht? Sie sagen nur, die Wege sind falsch? Oder haben Sie auch bei den Zielen ein Problem?

**Brinkhaus:** Also die Ziele sind alle gut und die sind alle ehrenwert. Aber auch bei Zielen muss ich priorisieren und muss sagen: Was ist jetzt das Wichtigste? Und was ist weniger wichtig? Jetzt nehmen wir einen Unternehmer. Der kommt zu mir und sagt, ihr als Politik habt gesagt, ich muss jetzt CO2-frei werden in meiner Produktion. Und das mache ich. Da setze ich Geld ein und was noch viel wichtiger ist, weil das noch knapper ist, da setze ich Menschen für ein. Menschen, die da nicht mehr produzieren können oder was entwickeln können. Dann sagen wir ihm: Ja, aber du musst jetzt auch noch mal deine Emissionen senken. Dann sagt er: Hm. Dann sagen wir ihm: Ja, aber du musst bestimmte Chemikalien aus deinem Produktionsprozess rausnehmen. Kommt noch mal drauf. Dann sagen wir ihm: Ja, aber du musst dir deine Lieferketten jetzt mal ganz genau anschauen, denn da könnte auch was nicht in Ordnung sein. Und irgendwann sagt er mir: Okay, ich habe den Euro nur einmal. Ich habe den Mitarbeiter nur einmal. Sag mir als Politik bitte: Was ist jetzt das Wichtigste? Und diese Priorisierung die haben wir in den vergangenen Jahren auch ganz selbstkritisch, ist die Union auch dabei gewesen, nie hingekriegt. Und das macht die Leute dann auch verzweifelt.

**Zurheide:** Was ist jetzt Europa in diesem ganzen Kontext? Ich habe es gerade schon mal in meinem Beispiel angesprochen, das ich belegen könnte. Macht es noch komplizierter?

**Brinkhaus:** Ja, also ich denke mal, das ist ja auch Unionsposition, Europa muss sich da zurücknehmen. Gebe ich Ihnen auch ein Beispiel für. Die neue Kommission sagt, wir beschäftigen uns jetzt mit der Wohnungsnot in Europa. Und da gehen bei mir schon alle Alarmglocken hoch. Das ist ja auch ein ehrenwertes Ziel. Jetzt soll es einen Kommissar geben, der für Housing verantwortlich ist. Aber der wird jetzt auch wieder anfangen Vorschriften zu produzieren. Und wir haben eh im Baubereich das Problem, dass es dort zu viele Vorschriften gibt. Wenn da jetzt noch im schlechten Fall europäische Vorschriften draufkommen, dann wird die ganze Sache noch komplexer. Und dann wird das Ziel nicht erreicht, denn irgendwann wird da mal die weiße Fahne gehisst und wird gesagt, dann baue ich halt gar nicht mehr.

**Zurheide:** Aber die Frage ist ja, viele Politiker und Politikerinnen haben jetzt schon, so wie Sie, gesagt, wir müssen Bürokratie abbauen. Nur, wenn ich mir dann die Realität anschau – und ich beobachte Politik jetzt schon einige Jahre – da kommt am Ende immer, ich hätte fast gesagt, das Gegenteil bei raus. Woran liegt das eigentlich, dass wir das offensichtlich nicht schaffen, diese Frage grundsätzlich anzugehen, ohne Ziele über Bord zu werfen, über möglicherweise andere Wege zu diskutieren?

**Brinkhaus:** Also, das Wort Bürokratieabbau nutze ich ja schon gar nicht mehr, denn das ist verbrannt. Und das glaubt auch keiner mehr. Und wie gesagt, das wird auch nicht reichen, weil wir einen Systemwechsel brauchen, einen Neu-Staat. Und deswegen ist das ganz grundsätzlich. Ich glaube, es liegt daran, weil – sage ich auch ganz selbstkritisch, sind wir auch mit dabei – es einfach nicht als die politische Führungsaufgabe genommen wird und gelebt wird. Also, wenn ich wirklich einen Kulturwandel möchte, dann muss ein Bundeskanzler, dann muss ein Ministerpräsident, dann müssen die Spitzen der Politik das wirklich leben und jeden Tag leben und nicht sagen, okay, jetzt sage ich dem Marco Buschmann, mach mal ein Bürokratieentlastungsgesetz. Prima, ich habe jetzt ein Bürokratieentlastungsgesetz gemacht und jetzt beschäftige ich mich da mit anderen Sachen. Sondern das muss jeden Tag gelebt werden. Wissen Sie, die Menschen fragen mich oft: Ja, Herr Brinkhaus, was ist denn der große, grüne Knopf, auf den man draufdrücken kann, damit das alles besser wird? Es ist nicht der grüne Knopf, sondern es sind 1.000 kleine Einzelmaßnahmen, die wir machen müssen, damit es besser wird. Aber das geht. Und das ist möglich. Aber das ist nur möglich, wenn sich die politischen Spitzen da wirklich dahinterklemmen und sagen, das ist mein Projekt. Das hat einmal geklappt, als das Thema Klimawandel anstand, viel zu spät. Da ist

auch vor 2018, 2019 ganz viel gemacht worden, aber halt nicht systematisch und nicht richtig. Und irgendwann haben die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße gesagt: Der Rhein ist leer, es wird immer heißer, warum macht ihr nichts als Politik? Und dann ist das tatsächlich auch Chefsache geworden. Und das ist genau das, was wir beim Neu-Staat brauchen. Es muss Chefsache werden.

**Zurheide:** Jetzt sagen Sie mir nur, wer das so sieht. Sieht Herr Merz das so? Sieht Herr Scholz das so? Oder sagen Sie, es muss parteiübergreifend da etwas passieren?

**Brinkhaus:** Also, es muss parteiübergreifend eigentlich der Wahlprüfstein sein für die nächste Bundestagswahl, dass alle Spitzenkandidaten, alle Kanzlerkandidaten gefragt werden: Ja, wie hältst du es denn jetzt mit dem Neu-Staat, mit der Staatsmodernisierung? Genau wie 2021 alle gefragt worden sind: Wie hältst du es denn mit dem Kampf gegen den Klimawandel?

**Zurheide:** Ralph Brinkhaus, heute Morgen bei uns im Deutschlandfunk mit einem Plädoyer für den Neu-Staat im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Herr Brinkhaus, danke für das Gespräch.

**Brinkhaus:** Gerne.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*